

IV-Stelle kanns nicht richtig machen

Die Basler IV-Stelle bewilligt mehr Invalidenrenten, als der Bund erlaubt. Ein Augenschein auf der viel kritisierten Stelle zeigt: Rentensachbearbeiter und Berufsberater arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen – und trotzdem läuft einiges brutal schief in unserem Sozialsystem.

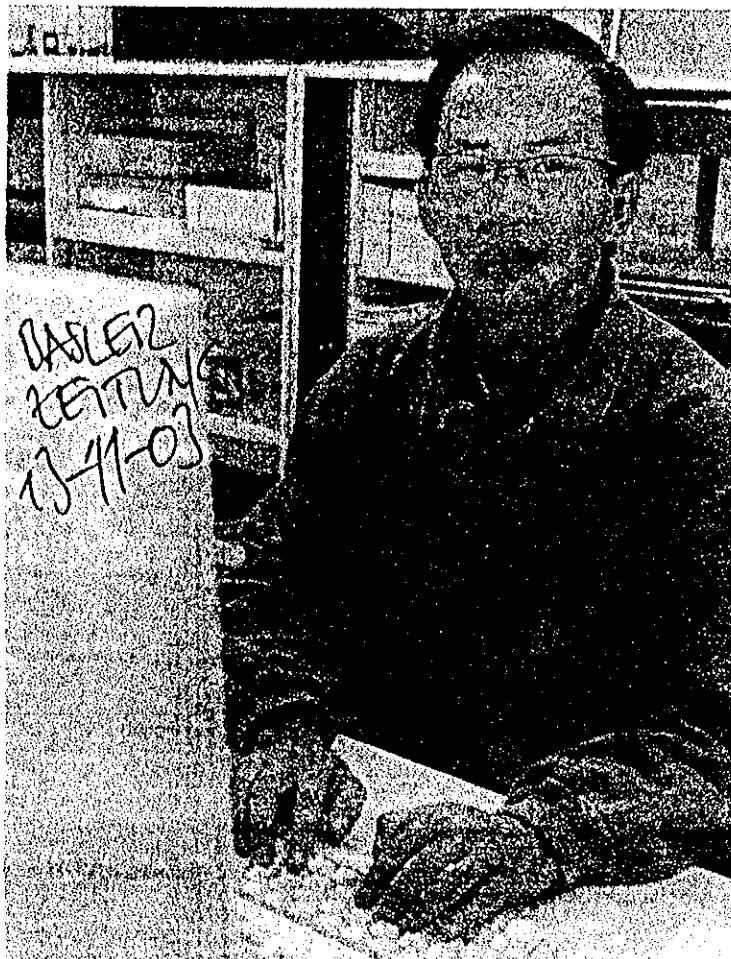
Basel. Das Fächlein auf der Schrankablage in Roger Guggers Büro quillt über. «Die neuen IV-Anträge dieser Woche», sagt der stellvertretende Leiter der IV-Stelle Basel. Vom Hörgerät über eine Umschulung bis zur Vollrente lauten die Wünsche der Versicherten – und schön wieder sinds über 100. Auch sonst können sich die Chefs hier nicht über zu wenig Post beklagen: Seit den Medienberichten über die mit 8,8 Prozent schweizweit höchste Quote an IV-Rentnern und der vom Bund verfügten Nachkontrolle jedes in Basel getroffenen positiven Rentenentscheids landen täglich anonyme Briefe auf ihren Pulten – mit Tiraden über angebliche Sozialschmarotzer und zu nette Beamte.

Von Timm Eugster

«Wir wüssten ja selbst gerne genauer, worans liegt», seufzt Gugger in seinem nüchternen Büro in einer ehemaligen Villa an der Langen Gasse. Er ist fest davon überzeugt, dass die Basler IV-Stelle im Rahmen ihrer Möglichkeiten gut arbeitet und dies in den zurzeit laufenden Untersuchungen bestätigt werde. Tatsächlich: die grosse Mehrheit der Gesuche komme mit einem O.K. zurück aus Bern, betont ein Stockwerk tiefer René Howald, der Bereichsleiter Leistungen. Nur in einigen Fällen würden zusätzliche Abklärungen verlangt. Und trotzdem fallen weiterhin allzu viele aus dem Erwerbsleben, am schliesslich bei der IV zu landen – praktisch immer bis zum AHV-Alter. Über 10000 erhalten im kleinen Stadtkanton bereits eine Invalidenrente.

Fast alle auch psychisch krank

Fast wie Flugzeug-Cockpits sehen die Arbeitsplätze jener Leute aus, die erst Infos bei ehemaligen Arbeitgebern, Ärzten und anderen Stellen zusammentragen und dann entscheiden, wer eine wie hohe Rente erhält. Auf dem rechten Bildschirm erscheinen die eingescannten Briefe, Tabellen, Arztberichte; auf dem linken das für Laien undurchschaubare Wirtswart an Schaltflächen und Abkürzungen der ausgeklügelten Software, mit der die Dokumente abgelegt, verwaltet, ausgewertet werden. Die Person hinter den Akten sehen die Rentensachbearbeiter nur in Ausnahmefällen. Dies ist Sache der Ärzte. Trotzdem erschliesst



Kämpfernatur. Trotz grossen Schmerzen erkämpft sich der Vietnamese Phuong Dang eine neue Perspektive. Nicht alle bringen diese Kraft auf. Foto Tino Briner

sich mit jedem Dokument ein neues Puzzelstück einer Biografie, die meist von jahrelangem Leiden erzählt. Etwa wenn Howald das mit drei Arztberichten gespickte Dossier einer 42-jährigen Putzfrau anklickt, die der Hausarzt wegen «Depression und generalisierten Weichteilschmerzen» zum Psychiater schickte. Mit einer körperlichen Behinderung – einem künstlichen Darmausgang – hatten die Leiden begonnen, dann ist die Rede von «Insuffizienzgefühlen und Angstsymptomatik» der zweifachen Mutter mit dem unterbezahlten Putzjob

auf Abruf, schliesslich zwei Suizidversuche.

«Leider ein Standardfall», urteilt Howald, den die Schicksale hinter den Fällen auch nach Jahren im Job zum Nachdenken bringen. «Sehr oft muss ich sagen: Eigentlich ist die psychische Erkrankung eine normale Reaktion auf die sozialen Umstände», so Howald. Der Bauarbeiter, der vom Gerüst fällt und nur deshalb eine Rente braucht, sei heute die Ausnahme: Kaum mehr ein Arztbericht kriege er zu Gesicht, in dem nicht auch psychische Leiden erwähnt

sind. Die Gesuche würden immer mehr und immer komplexer. «Auch wer beim Jobverlust psychisch noch gesund war, ist es zwei Jahre später oft nicht mehr», weiss Howald. «Totalschaden» nennt man das IV-intern auch. So schnell wie möglich müsste man Arbeitsfähige eigentlich wieder integrieren. Doch selbst wenn sie sich oft erst nach Jahren bei der IV anmelden, etwa weil die Unfallversicherung nicht mehr zahlt oder die Sozialhilfe Fälle abbauen will, ziehen sich medizinische Abklärungen oft nochmals über Monate hin. «Zu diesen interdisziplinären medizinischen Abklärungsstellen würden wir am liebsten fast alle Klienten schicken», zeigt Howald auf eine Ärzteliste auf dem Bildschirm, die über weite Strecken rot eingefärbt ist – das heisst Gutachten-Stopp. Jetzt hofft er auf den neuen «Regionalen ärztlichen Dienst» der IV (RAD), der ab nächstem Jahr die Antragsteller umfassend und schneller abklären soll.

«Handgelenk mal Pi»

Im Fall der 42-jährigen Putzfrau widersprechen sich die ärztlichen Gutachten: Der Hausarzt spricht von voller Arbeitsunfähigkeit, jener der psychiatrischen Poliklinik von «täglich 2 bis 4 Stunden» und gleichzeitig von «50 Prozent» möglicher Erwerbstätigkeit. Nach Rücksprache mit dem IV-internen Arzt werde er wohl eine halbe Rente beantragen, meint Howald, denn das Urteil des Facharztes werde höher gewichtet.

Woher aber wissen die Ärzte, wie viel und was jemand arbeiten kann? Als Antwort hält Howald den Daumen in die Luft und signalisiert: Handgelenk mal Pi. Viele Ärzte wüssten leider sehr wenig über die Arbeitswelt. Es sei denn auch kein Wunder, dass sie sehr unterschiedlich urteilen – manche attestierten allzu schnell eine Arbeitsunfähigkeit. Oft werden dann Gegengutachten in Auftrag gegeben – zu entscheiden hat letztlich meist das Gericht: 9 von 10 Entscheiden, bei denen die IV-Stelle keine oder keine volle Rente gewähren will, werden heute angefochten – und meist zu Gunsten der IV entschieden. Wenn die Basler IV-Stelle ab jetzt nur noch so viele Renten zusprechen würde, wie die vom Bund verordnete Quote erlaubt, käme sie damit vor Gericht wohl gar nicht durch: So beschreibt Howald die Zwickmühle, in der er steckt.